

Verwirrung bei den Versicherten

Gesundheitswesen Nach der Ankündigung der Ärzte, ab 2017 nicht mehr für die OKP tätig zu sein, herrscht grosse Unsicherheit bei den Versicherten. Zu welchem Arzt können sie im neuen Jahr? Und wer bezahlt die Rechnung?

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

3. Januar 2017: Ein OKP-Basic-Versicherter und ein OKP-Plus-Versicherter betreten eine Arztpraxis. Und keiner von beiden muss die Behandlung selbst bezahlen. Die Ärzte können weiterhin direkt mit den Krankenversicherungen abrechnen. Diese klare Aussage tätigt LKV-Geschäftsführer Thomas A. Hasler und betont wie Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini, dass die Verträge für die Ärzte auch im Jahr 2017 gelten bzw. bei einer Kündigung eine Frist eingehalten werden müsse.

Tritt das befürchtete Szenario in Kraft, dass alle Ärzte ihre OKP-Verträge kündigen und auch die Kündigungsfrist abgelaufen ist, könnte das für OKP-Basic-Versicherte allerdings zu Problemen führen. Theoretisch. In der Praxis allerdings nur, wenn bis dahin keine neuen Ärzte unter Vertrag genommen werden können.

«Tiers payant» kontra «Tiers garant»

Um zu verstehen, wie das System generell funktioniert, erklärt LKV-Geschäftsführer Thomas A. Hasler, was die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) überhaupt ist, warum Patienten diese abschliessen müssen und welche Vorteile der Arzt davon hat. «Die OKP deckt alle grundsätzlichen Leistungen im Krankheitsfall gemäss dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) ab. Anders als Zusatzversicherungen ist die OKP nicht freiwillig, sondern gehört zu den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialversicherungen wie die AHV oder die Arbeitslosenversicherung», so Hasler. Allerdings könne der Versicherte zwischen verschiedenen Versicherungsanbietern wählen und somit jene Versicherung wählen, die seinen Bedürfnissen am besten entspreche. Ein Arzt, der eine OKP-Stelle besitzt,



Der Geschäftsführer des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes (LKV), Thomas A. Hasler, ist wie Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini der Meinung, dass die OKP-Verträge der Ärzte mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden müssen. Bild: Daniel Schwendener

hat laut Hasler den Vorteil, dass alle OKP-Versicherten – also mehr oder weniger alle Einwohner – sich bei ihm zulasten der Krankenversicherung behandeln lassen können. «Bei Nicht-OKP-Ärzten können sich zulasten der Krankenversicherung nur jene Versicherten behandeln lassen, die einen entsprechenden Zusatz, also die OKP Plus, abgeschlossen haben», erklärt Hasler

weiter. Diese kostet bei allen Versicherten einheitlich für erwachsene Personen 40 Franken zusätzlich im Monat.

Warum aber sollte ein Arzt einen solchen OKP-Vertrag eingehen und welche Vorteile bieten sich ihm dadurch? «Die Abrechnung als OKP-Arzt hat für ihn den Vorteil, dass er direkt von der Krankenversicherung bezahlt wird», so Hasler. Dieses System

nennt sich «Tiers payant». Damit entfallt eine Rechnungsstellung an den Patienten mit dem entsprechenden Debitorenrisiko.

Nicht so bei Ärzten, die das System «Tiers garant» anwenden, also nicht über die OKP abrechnen. Sie schicken ihre Rechnungen direkt an die Patienten nach Hause. Der Patient reicht diese dann der Krankenversiche-

rung bei entsprechender Deckung zur Rückerstattung ein.

Thomas A. Hasler ist überzeugt, dass bei rund 80 Ärzten, die heute zur OKP zugelassen sind, in der Regel der Abschluss einer normalen Versicherung genügt. Wer aber bewusst die freie Arztwahl unter allen zugelassenen Ärzten haben möchte, dem sei der Abschluss der OKP Plus empfohlen.

Konsequenzen für die Schweiz?

Vonseiten der Liechtensteiner Ärzteschaft warhingegen gestern auf «SRF online» Gegenteiliges zu lesen. Wenn auch auf die Schweiz bezogen, ist bekannt, dass die Ärztekammer in Bezug auf die Verträge eine andere Meinung als der LKV und Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini vertritt. Ruth Kranz-Candrian, Präsidentin der Liechtensteinischen Ärztekammer, betonte, dass «ab sofort keine Schweizer Patienten mehr behandelt werden können». Nachdem der «kleine Grenzverkehr» vor einem Jahr gekündigt worden sei, bedeute dies, dass Schweizer Krankenkassen nur noch Liechtensteiner Ärzte bezahlen, die einen OKP-Vertrag haben. Weil per 1. Januar 2017 alle Liechtensteiner Ärzte diesen Vertrag verlieren würden, könnten Schweizer Patienten eben nicht mehr behandelt werden. Schenkt man allerdings den Aussagen von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und LKV-Geschäftsführer Thomas A. Hasler Glauben, können die Verträge nicht fristlos gekündigt werden. Was aus deren Sicht bedeutet, dass auch Schweizer Patienten sich weiterhin hierzulande behandeln lassen können.

Die Frage, wer nun recht hat, gilt es so schnell wie möglich zu beantworten. Fakt ist, dass ansonsten ab dem 3. Januar 2017 ein ziemliches Chaos ausbrechen dürfte. Zumindest was die Rechnungsstellung betrifft.



Karl-Anton Wohlwend Bild: pd

Landesspital mit Übergangsleitung

Vaduz Karl-Anton Wohlwend wird das Liechtensteinische Landesspital als interimistischer Spitaldirektor leiten. Der ehemalige Leiter des Amtes für Soziale Dienste übernimmt die Aufgabe vom bisherigen Spitaldirektor Daniel Derungs, der per 19. Dezember aus dem Dienst ausscheiden wird. Eine adäquate Nachfolge konnte bisher noch nicht gefunden werden, schreibt der Stiftungsrat in einer Mitteilung. Die Ausschreibungslaufe nach wie vor. Bis zum Stellenantritt eines neuen Spitaldirektors werde Karl-Anton Wohlwend die Aufgabe im Rahmen eines Teilzeitmandats übernehmen. Der ehemalige Leiter des Amtes für Soziale Dienste habe grosse Erfahrung im Spitalbereich und sei als Stiftungsrat des LLS seit Jahren mit dem Landesspital vertraut. Für die Dauer dieser Aufgabe wird seine Funktion als Stiftungsrat ruhen.

In den letzten Monaten hat sich der Stiftungsrat zudem intensiv mit der Neuorganisation des Landesspitals auseinandergesetzt. Für das Team wie auch für die Patientinnen und Patienten soll die neue Betriebsorganisation mehr Klarheit, Effizienz und damit auch Mehrwert im Spitalalltag bringen. Die einzelnen Abteilungen werden teilweise neu gegliedert und Fachbereiche besser zugeordnet. Auch soll der Spitaldirektor in seiner Funktion entlastet werden, um sich voll auf die Führung und Entwicklung des Unternehmens konzentrieren zu können. Bisher waren ihm beispielsweise die Patientenadministration oder IT direkt unterstellt. Der Bereich Services entsteht komplett neu und wird sämtliche Dienstleistungen des Spitals, welche nicht direkte medizinische Leistungen betreffen, unter einem Dach vereinen. Dies soll zu einer effizienteren Organisation führen. Die dafür neu zu besetzende Stelle wird durch den Stiftungsrat neu ausgeschrieben. (pd/red)

Botschafter akkreditiert

Diplomatie Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein hat am Mittwoch fünf Botschafter zur Überreichung der Beglaubigungsschreiben empfangen: Lahcen Azoulay, Botschafter des Königreichs Marokko, Jakub Kumoch, Botschafter der Republik Polen, Lynette Margaret Wood, Botschafterin von Australien, Högni S. Kristjánsson, Botschafter von Island, und İlhan Saygılı, Botschafter der Republik Türkei. Vor der Überreichung des Beglaubigungsschreibens statteten die Botschafter Regierungsrätin Aurelia Frick einen Höflichkeitsbesuch im Regierungsgebäude ab. (ikr)



Regierungschef Adrian Hasler Bild: pd

Keine Kündigung notwendig

Ärztekammer Für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und den Krankenkassenverband (LKV) steht fest, dass jeder einzelne Arzt seinen OKP-Vertrag kündigen muss. Dabei gelte eine sechsmonatige Kündigungsfrist.

Die rechtlichen Abklärungen der Ärztekammer widersprechen dieser Auffassung, wie sie auf Anfrage erklärt: «Durch die Einführung eines neuen Tarifsystems (Tarmed) wird der Tarifvertrag substantiell erheblich abgeändert. Aufgrund dieser Tarifmutation treten die OKP-Beitragsverträge per 1.1.2017 ausser Kraft. Darüber hinaus wird der aktuell geltende Tarifvertrag durch die hoheitliche Tariffestsetzung aufgehoben und durch den von der Regierung verordneten Tarifier setzt. Die rechtliche Grundlage der OKP-Beitragsverträge, nämlich der zwischen den Tarifpartnern abgeschlossene Tarifvertrag, existiert damit nicht mehr und hebt damit die Gültigkeit der OKP-Verträge aus.» Damit braucht es aus Sicht der Ärztekammer auch keine Kündigungen. (sap)

Nachgefragt

«Wünsche mir einen konstruktiven Dialog»

Beim Duell der Regierungschef-Kandidaten des Liechtensteiner Presseclubs (LPC) am Dienstag kam auch die aktuelle Krise im Gesundheitswesen zur Sprache. Die Aussagen von **Regierungschef Adrian Hasler** sorgten für Verwirrung.

Herr Regierungschef, wünschen Sie sich wirklich eine neue Ärztekammer-Präsidentin vom Christkind?

Adrian Hasler: Nein, da wurde ich falsch zitiert. In der Zeitung stand: «Vom Christkind wünsche ich mir eine neue Ärztekammer-Präsidentin.» Ich sagte hingegen: «Liebes Christkind, schenke uns eine Präsidentin der Ärztekammer, die mit der Regierung spricht.» Dazwischen liegt ein grosser Unterschied.

Impliziert Ihre Aussage nicht, dass Sie mit der bishe-

rigen Ärztekammer-Präsidentin nicht zufrieden waren und sich eine neue Führung wünschen?

Nein. Ich wünsche mir einen konstruktiven Dialog. Diesen führe ich auch gerne mit der bestehenden Führung der Ärztekammer. Ich bin überzeugt, dass alle Beteiligten an einer nachhaltigen Lösung interessiert sind, und darauf kann man aufbauen.

Werden Sie also das Thema diese Woche zur Chefsache erklären und als Mediator versuchen, eine Lösung in diesem Konflikt herbeizuführen?

Ja. Ich werde beim nächsten Gespräch zwischen dem zuständigen Ministerium und dem Vorstand der Ärztekammer dabei sein und mir die Anliegen der Ärztekammer direkt anhören.

Ich möchte ganz konkret wissen, wo der Schuh drückt.

Glauben Sie, dass es in diesem Jahr in dieser komplexen Angelegenheit noch zu einer Lösung kommen kann?

Ich bin zuversichtlich, dass eine Lösung möglich ist. Dazu braucht es ein Aufeinanderzugehen aller Beteiligten. Dafür setze ich mich jetzt persönlich ein.

Viele Versicherte reiben sich über den aktuellen Zustand verwundert die Augen. Wie konnte es aus Ihrer Sicht überhaupt so weit kommen? Wäre es nicht schon früher notwendig gewesen, dass Sie sich hier einschalten?

Nein, das wäre nicht richtig gewesen. Damit hätte ich einer Diskussion der zuständigen